

Biden stoppte US Steel-Deal trotz nationaler Sicherheitsbedenken

Präsident Biden blockiert den 14-Milliarden-Dollar-Übernahmeversuch von US Steel durch Nippon Steel, trotz Bedenken weniger US-Beamter zur nationalen Sicherheit. Unionen unterstützen die umstrittene Entscheidung.

Präsident Joe Biden hat entschieden, die Übernahme von US Steel durch das japanische Unternehmen Nippon Steel im Wert von 14 Milliarden Dollar zu blockieren, obwohl einige hochrangige US-Beamte der Meinung waren, dass es nicht genügend nationale Sicherheitsgründe gab, um das Geschäft zu stoppen, wie ein US-Beamter gegenüber CNN erklärte.

Kontroverser Entscheid

Die **kontroverse Entscheidung**, das Geschäft zu blockieren, erhielt Lob von Gewerkschaftsvertretern, sah sich jedoch heftiger Kritik sowohl innerhalb als auch außerhalb der Regierung gegenüber. US Steel und Nippon Steel **behaupteten in einer Klage am Montag**, dass der Entscheidungsprozess politisch motiviert und nicht durch nationale Sicherheitsbedenken geprägt war.

Überprüfung durch CFIUS

Obwohl das Übernahmeangebot von einem Unternehmen aus Japan – einem wichtigen US-Verbündeten – kam, unterlag es wie alle ausländischen Übernahmen einer intensiven Überprüfung durch das Komitee für ausländische Investitionen in den Vereinigten Staaten (CFIUS), ein mächtiges, jedoch geheimes

interinstitutionelles Gremium. CFIUS konnte jedoch zu keiner Einigung gelangen, ob das Geschäft ein nationales Sicherheitsrisiko darstellen könnte, wodurch die Entscheidung dem Präsidenten überlassen blieb.

Meinungen innerhalb des CFIUS

Mehrere prominente Mitglieder des CFIUS waren der Ansicht, dass etwaige nationale Sicherheitsrisiken gemindert werden könnten und dass **es nicht genügend Gründe gab, um das Geschäft zu stoppen**, darunter Finanzministerin Janet Yellen und Außenminister Antony Blinken. Yellen ist Vorsitzende von CFIUS. Wenige CFIUS-Mitglieder wendeten sich jedoch aus nationalen Sicherheitsgründen gegen die Übernahme, einschließlich der US-Handelsbotschafterin Katherine Tai. Auch Beamte des US-Energieministeriums und des Handelsministeriums äußerten Bedenken bezüglich des Geschäfts, berichtete einer der Quellen.

Offizielle Kommentare und Erklärungen

Keine der US-Behörden, die an der CFIUS-Entscheidung beteiligt waren, wollte gegenüber CNN zu den internen Beratungen Stellung nehmen. Biden nannte in seiner **Erklärung** zur Entscheidung am Freitag ausdrücklich nationale Sicherheit und die Bedeutung einer starken heimischen Stahlindustrie:

„Diese Übernahme würde einen der größten Stahlproduzenten Amerikas unter ausländische Kontrolle stellen und Risiken für unsere nationale Sicherheit sowie unsere kritischen Lieferketten schaffen“, sagte Biden.

Kritik an der Entscheidung

Die **Washington Post** und das **Wall Street Journal** berichteten zuvor, dass Biden die Appelle mehrerer hochrangiger Berater ignorierte, die Übernahme zu genehmigen.

Ein hochrangiger Beamter der Regierung sagte gegenüber CNN: „Schlechte Entscheidung. Sie schützt tatsächlich keine Arbeitsplätze in der Gewerkschaft und könnte das Unternehmen gefährden.“

Frustrationen innerhalb der Administration

Ein weiterer US-Beamter äußerte gegenüber CNN, dass es erhebliche Frustrationen unter Bidens Mitarbeitern über den Verlauf des Prozesses gebe und Bedenken darüber, welches Signal dies in Bezug auf ausländische Direktinvestitionen in den USA sende. Immerhin handelte es sich bei dieser Übernahme nicht um ein Unternehmen aus einer Rivalen-Nation wie China oder Russland, sondern um einen langjährigen US-Verbündeten, Japan.

Reaktionen auf die Entscheidung

„Noch nie zuvor hat ein Präsident eine Übernahme durch ein Unternehmen mit Sitz in Japan, einem unserer engsten Verbündeten, untersagt“, argumentierten US Steel und Nippon Steel in der **Klage**. Jason Furman, ein führender Wirtschaftsbeamter während der Obama-Administration, kritisierte die Entscheidung, nationale Sicherheit als Vorwand für die Ablehnung des Geschäfts zu nutzen.

„Präsident Biden zu behaupten, dass Japans Investition in ein amerikanisches Stahlunternehmen eine Bedrohung für die nationale Sicherheit darstellt, ist ein erbärmlicher und feiger Nachgiebigkeit gegenüber Sonderinteressen, die Amerika weniger wohlhabend und sicher machen wird“, schrieb Furman, der jetzt Professor an der Harvard Universität und Senior Adviser bei einer asiatischen Unternehmensberatung ist, in einem **Post auf X** am Freitag. „Es tut mir leid zu sehen, dass er unsere Verbündeten verrät und das Gesetz missbraucht.“

Verteidigung der Weißen Hauses

Das Weiße Haus verteidigte die Entscheidung am Montag in einer Erklärung als Reaktion auf die Klage von US Steel und Nippon Steel: „Ein Gremium von Fachleuten für nationale Sicherheit und Handel stellte fest, dass diese Übernahme ein Risiko für die nationale Sicherheit der USA darstellen würde“, sagte die Sprecherin des Weißen Hauses, Robyn Patterson. „Präsident Biden wird niemals zögern, die Sicherheit dieser Nation, ihrer Infrastruktur und die Resilienz ihrer Lieferketten zu schützen.“

Zukunft der ausländischen Investitionen

Michael Leiter, der die CFIUS- und nationale Sicherheitspraktiken bei der Kanzlei Skadden leitet, teilte CNN in einer E-Mail mit, dass die Meinungsverschiedenheit zwischen den US-Agenturen zeige, wie, wie viele nationale Sicherheitsfragen, es sich hierbei nicht um ein einfaches Thema handelte und es konkurrierende Interessen gab. „Das Vorhandensein und die Angemessenheit von Risiken für die nationale Sicherheit liegen im Auge des Betrachters – und unter CFIUS ist das einzige Auge, das zählt, das des Präsidenten“, erklärte er. Leiter glaubt nicht, dass der Deal von US Steel letztlich negative Auswirkungen auf ausländische Investitionen in die Vereinigten Staaten, die größte Volkswirtschaft der Welt, haben wird.

„Für diejenigen von uns, die jährlich mit Milliarden von Dollar an Transaktionen zu tun haben, wissen wir, dass dies ein Ausreißer war. Dieser Fall wird weder signifikante Präzedenzwirkung haben noch das Ansehen von CFIUS erheblich schädigen“, sagte er. Der Widerstand gegen die Übernahme von US Steel war parteiübergreifend, einschließlich mehrerer Abgeordneter aus dem Rust Belt von beiden politischen Lagern.

Sowohl Vizepräsidentin Kamala Harris als auch der designierte Präsident Donald Trump lehnten das Geschäft im Laufe des Wahlkampfes ab, ebenso wie der designierte Vizepräsident JD Vance. Gewerkschaftsvertreter lobten Bidens Entscheidung, die Fusion zu blockieren. „Wir haben keinen Zweifel daran, dass dies

der richtige Schritt für unsere Mitglieder und unsere nationale Sicherheit ist“, sagte der Präsident der United Steelworkers, David McCall, in einer **Stellungnahme**.

Details

Quellen

• edition.cnn.com

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at